

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

Doppel-Nr. 14 /15

-,20

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

STRAUSS Geburtshelfer für griechische CSU

Zwei Visiten von Strauss in Griechenland haben schnell Früchte getragen. In Athen ist eine "Griechische Christliche Union" gebildet worden. Als Gründer traten zwei erklärte Freunde der faschistischen Junta in Aktion: der ehemalige Junta-Minister Iosif und der Maschinenbauingenieur Photios Gouras. Gouras soll zugleich Mitglied der CSU sein. Welche Absichten Strauss über die Parteigründung hinaus für seine Europapolitik verfolgt, verdeutlichen einige Äußerungen seinerseits anlässlich eines Privataufenthaltes in Athen. Von Karamanlis zum Essen eingeladen, soll Strauss mit dem griechischen Ministerpräsidenten hart aneinander geraten sein. So soll er seinen Gastgeber zu einer politischen Amnestie für die Junta-Offiziere gedrängt und ihm vorgeworfen haben, eine Selbstzerfleischung der Griechen könne die gesamte westliche Verteidigungsbereitschaft im östlichen Mittelmeer gefährden.



ÖSTERREICH – "heim ins REICH"

Als Schirmherr des siebten internationalen Preisschießens des Kreisschützenverbandes Oberpfalz und Donaugau erklärte F.J. Strauß: "Wir betrachten die ausländischen Gäste aus dem deutschen Sprachraum nicht als Ausländer. Wir fühlen uns mit unseren Schützenbrüdern aus Österreich und Südtirol aufs engste verbunden. Wir haben ein gemeinsames Erbe und eine gemeinsame Zukunft." Bei diesem 7. Internationalen Schützenfest in Regensburg verteilte das ASK ein Flugblatt, in dem darauf hingewiesen wird, auf welcher Seite Strauß steht. Das Flugblatt fand reißenden Absatz. Für unsere Leser ist ein Exemplar dieses Flugblattes dieser Nummer des DID beigelegt.



FREISPRUCH FÜR NEONAZI HOFFMANN WEITER WAFFEN-ÜBUNGEN

Mit einer hanebüchenen Begründung wurde vom Schöffengericht Nürnberg der als "Jungstahlhelm"-Führer bekanntgewordene Anführer einer bewaffneten paramilitärischen Gruppe von Jungnazis, Karl-Heinz Hoffmann, von der Anklage des fortgesetzten Verstoßes gegen das Uniformverbot "mangels Beweises" freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 10 000 Mark beantragt.

Hoffmanns Jungnazi-Truppe, die unter der Bezeichnung "Wehrsport" Bürgerkriegsübungen durchführt, ist wiederholt informiert aufgetreten. Da jedoch vor Gericht einige Jungnazis erklärten, sie hätten "kein Interesse an Politik", machte das Gericht daraus ein fehlendes Tatbestandsmerkmal: Bei fehlendem politischem Interesse könne von "gemeinsamer politischer Gesinnung" keine Rede sein. Verboten sei aber nur das Uniformtragen "als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung". Auf diese Weise wurde Hoff-

mann – an dessen tendenziell faschistischer Gesinnung es laut Gericht keinen Zweifel gibt – freigesprochen. Er kann seine "Wehrsportübungen" mit Waffen fortsetzen, denn Hoffmann besitzt behördlich ausgestellte Waffenscheine.

aus: Die Tat. Zeitung der Vereinigten
der Verfolgten des Naziregimes.
12. Juli 1975 (Nr. 28)



Propaganda für Hitler

Der Film: -Europa in Flammen-

"Heldentum" (1939-45) an allen Fronten"

"In diesem Film erlebt ihr, wie eure Väter und Brüder in heldenhaften Kämpfen von Sieg zu Sieg eilten bis zum bitteren Ende ..."

Das Hakenkreuz an Uniformen, an Panzerwagen und Flugzeugen. Mutige Gesichter von 'starken' Männern. Aufregend rote Flammen - Waffen in Aktion - Hitler in 'Grußposition'

Eine 'heiße' Werbung soll uns (besonders Jugendliche) den Appetit für Abenteuer anregen.

Gegen diesen Kriegsfilm und die Verherrlichung der Kriegsverbrechen protestierte das ASK mit einem Flugblatt, das vor dem Lichtspielhaus in München verteilt wurde. Hier ein Ausschnitt aus den Gesprächen, die von den Flugblattverteilern mit Kinobesuchern geführt wurden:

Ein Jugendlicher: "Ach! So ein Film - der tut doch niemand was - ist ja bloß ein Kriegsfilm!"

Flugblattverteiler: "Genau! 'Bloß ein Kriegsfilm.' So hat der Produzent den Film auch gemacht: Als wäre der 2. Weltkrieg ein riesiges Kampfspiel, wie wenn eine Schulbubenbande auf die andere losgeht.

Der Film wurde aus Wochenschau-berichten zusammengeschnitten. Jedesmal, wenn die 'deutsche Wehrmacht' auf der Leinwand auftaucht, wird das von einer heroischen und verherrlichenden Musik begleitet, ganz im Gegensatz zu Aufnahmen vom 'Feind', bei denen eine drohende, furchterregende Musik im Hintergrund zu hören ist. Daß die Völker Polens, der Tschechoslowakei, Rußlands, Frank-

reichs von den Nazis überfallen wurden und sich verteidigen mußten, wird in dem Film nicht zum Ausdruck gebracht.

Daß die Führer und Hintermänner der Nazis erst die Soldaten in den Angriffskrieg hetzen konnten, nachdem sie im eigenen Land jeden Widerstand gegen Faschismus und Krieg ausgeschaltet hatten, wird durch die bloße Schilderung der Kampfhandlungen geschickt verschwiegen."

Ein ca. 30-jähriger Kinobesucher: "Ich hab' den Film grad gesehen - ich merke da keine Propaganda für Faschismus, das kann man nicht sagen..."

Flugblattverteiler: "Der Film verherrlicht den Krieg der Nazis, in den diese das deutsche Volk gejagt hatten, nachdem sie die faschistische Herrschaft an sich gerissen hatten. Was der Film z.B. nicht erwähnt:

- die Konzentrationslager
- die Verfolgung der Juden, der aktiven Demokraten, der Ausländer
- die Propaganda der Nazis
- den Luxus der 'Großkopferten' und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 3

Politiker auf Kosten des Volkes. Da wird alles als glorreicher Kampf dargestellt: die realistischen Bilder, Menschen, die leiden und sterben, das, was die Betroffenen erleben, wenn der 'tapfere' Bombenjäger richtig gezielt hatte, das wird nicht gezeigt.

Und von den Wehrmachtssoldaten, die ihren Kopf für die Nazis hinhalten mußten, wird nur in Verlustziffern gesprochen."

Der ca. 30-Jährige: "Ja, der Hitler war verrückt - und so ein Wahnsinn darf nie wieder gemacht werden. Das wird auch mal im Film gesagt!"

Flugblattverteiler: "Ja, das wird gesagt - so, als ob ein anderer das hätte besser machen können. Daß hinter Hitler aber die Konzerne und die Rüstungsindustrie standen, die von vorneherein den Krieg eingeplant hatten, wird verschwiegen. Was übrig bleibt, ist Propaganda für den Krieg, Aufforderung zum Völkerverhaß, Glorifizierung des Tötens und schlimmste Verfälschung der Geschichte. Darüber wollen wir die Bevölkerung mit dem Flugblatt informieren."

Ein älterer Herr: "Sie machen sich viel Mühe - so ein Blattl bringt doch nichts. Nur eine große Bewegung kann den Film verhindern."

Flugblattverteiler: Das stimmt. Zum Beispiel haben in Köln und einigen anderen Städten die Bürger durch massiven Protest ein Verbot des Films bewirkt.

Große Massenproteste sind eine wirkungsvolle Maßnahme. Wir wollen durch unser Flugblatt die Bevölkerung über die Gefahr, die von solchen Filmen ausgeht, informieren und die Leute davon überzeugen, daß wir dagegen etwas tun müssen und auch tun können. Sicherlich gibt es viele, die diese Gefahr noch nicht sehr ernst nehmen, besonders auch, weil sie durch die Presse oft recht einseitig informiert sind. Da wollen wir auch etwas tun. Wir meinen: Die Gefahr, die durch solche Propaganda von rechts ausgeht, müssen wir rechtzeitig gemeinsam bekämpfen. Wer nichts dagegen unternimmt, der läßt diese Gefahr weiter wachsen."

Der ältere Herr: "Ja, recht ham's - eigentlich!"

Nicht erst in letzter Zeit hört man von Querverbindungen zwischen dem Führer der CSU und der deutschen Industrie. Schon seit zwanzig Jahren werden Fakten aufgezählt, Hintergründe und Undurchsichtiges ausgelotet, werden Zahlen genannt: Noch als gänzlich Unbekannter aus den bayrischen Bergen kassierte Strauß bereits vor 20 Jahren monatlich 5000 DM von der "Volkswirtschaftlichen Vereinigung" (1). Die 250.- DM, die Strauß zur gleichen Zeit vom MÜNCHNER MERKUR als Beraterhonorar einstecken durfte (2), muten dagegen wie ein kleines Notopfer für heiße Tips aus Bonn an. Und um diese Tips hat sich Strauß für ein so lächerliches Honorar schon damals nicht bemüht. 1957 wurden die Zahlungen eingestellt. Das hat freilich am guten Verhältnis nichts geändert, Strauß wird im Merkur als stets gern gesehener Gast mit Weißwürsten in der Kantine bedient.

Die Industrie, vor allem die Rüstungsgewaltigen, konnten aber erst unter dem "Verteidigungsminister" so recht feststellen, wie heiß ihr "Geheimtip" war. Bis heute ist nicht bekannt, wieviele Millionen aus...

Leseprobe

aus:

**Strauss gegen Demokraten.
Eine Dokumentation.
Herausgegeben vom ASK.
Preis DM 3.-**

Ein Bündnis gegen rechte Umtriebe an den Schulen

Beispiel aus München / „USB“ — ein neofaschistischer Schülerbund

In München schlossen sich mehrere Schülersprecher und -gruppen zu einem breiten Bündnis gegen neofaschistische Propaganda und Organisationsversuche an Schulen zusammen. Das „Anti-Rechts-Bündnis“ richtet sich vor allem gegen die Umtriebe des neofaschistischen „Unabhängigen Schülerbundes (USB)“, der in Schriften und Aktionen faschistische Tendenzen verbreitet. Ein gemeinsames Flugblatt des Bündnisses informiert über den „USB“ und fordert dazu auf, der zunehmenden rechtsextremen Propaganda an den Schulen entgegenzutreten. Unterzeichnet ist das Flugblatt u. a. vom Arbeitskreis Münchner Schülersprecher der Gymnasien, der DFG/VK, der Roten Schülerfront, dem Sozialistischen Schülerbund, dem Anti-Strauß-Komitee, der Demokratischen Front, der Demokratischen Schülergruppe am Rupprecht-Gymnasium, der Schulzeitung an der Fachoberschule „Tausendföhrer“, dem SMV-Arbeitskreis und zwei Vorstandsmitgliedern der „Jungen Presse Bayerns“, einem Zusammenschluß der bayerischen Schulzeitungen.

Unter diesem Titel berichtete die Zeitung der Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes (VVN) „Die Tat“ in ihrer Ausgabe vom 19. Juli 1975 ausführlich über eine Bündnisaktion, an der sich auch das Anti-Strauß-Komitee beteiligte. Nebenstehend ein Auszug aus der Tat-Veröffentlichung, in dem die am Bündnis Beteiligten genannt sind.

Hinweis :

Das gemeinsame Flugblatt, das von diesen Organisationen veröffentlicht wurde, ist dieser Ausgabe des DID beigelegt.

BESTELLSCHEIN

für den Jahresbezug des „DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES“

Den Betrag von DM 5.- lege ich in Briefmarken bei

Name

Vorname

Wohnort

Straße

Bitte ausschneiden und einsenden an:
F.Hauß , 8 München 5 Ickstattstraße 2a

Unterschrift

ERWITTE: EIN ANGRIFF AUF DIE RECHTE DER ARBEITER.



Ein Urteil des Paderborner Arbeitsgerichtes erklärte den Betriebsrat des Erwitter Zementwerkes Seibel & Söhne für aufgelöst und den Streik der Belegschaft für illegal und "wild".

Nachdem zunächst, unterstützt durch die breite Solidarität der Bevölkerung und der Stadtverwaltung, die 151 Kündigungen des Unternehmens Seibel gerichtlich für unwirksam erklärt wurden, ist dies ein erneuter Angriff auf die Rechte der Arbeiter. Zugleich ist es ein Schlag ins Gesicht für jeden aus der Bevölkerung, der damals die Streikenden direkt unterstützte: mit Kaffee, Würstchen und Brot zogen damals viele vors Werkstor, um den streikenden Kollegen zu helfen, die gerechte Sache, den Streik, durchzustehen.

Das neueste Urteil ist eindeutig zugunsten der Unternehmerwillkür. Das Problem, um dessentwillen die Belegschaft gestreikt hatte, unterlag nicht der Friedenspflicht, und selbstverständlich können Betriebsräte in ihrer Funktion als Gewerkschafter streiken. Der Sprecher der IG Bau Steine Erden nannte daher mit Recht dieses Urteil Klassenjustiz. Hiermit will das Gericht versuchen, Streiks für illegal zu erklären und mit angeblicher Friedenspflicht dem Betriebsrat die Hände zu fesseln.



Das ASK fordert daher alle Demokraten auf, gegen dieses Urteil zu protestieren. Schreibt Solidaritätsadressen an die Belegschaft der Firma Seibel & Söhne, 4782 Erwitte, Königshof!

„...dem Vaterland und Führer treu gedient“:

Vor kurzem ist Otto Skorzeny in Madrid an Krebs gestorben. Otto Skorzeny war in Madrid sehr hoch angesehen, er betrieb ein Import-/Export-Geschäft und ihm wurde von der Franco-Regierung ein Presseausweis wegen "besonderer Verdienste" zuerkannt. Das ist alles im faschistischen Franco-Spanien möglich. Skorzeny war nämlich Oberst der Waffen-SS. Er war es auch, der Mussolini aus dem Alliierten-Gewahrsam entführte. Er war, wie man sagt, ein ausgekochter und gefährlicher Faschist, ein Menschenchinder: "Ich bin stolz, meinem Vaterland und dem Führer treu gedient zu haben." In letzter Zeit hatte Skorzeny Artikel für neofaschistische Blätter in der BRD geschrieben, doch auf die Dauer ist sein Lob auf Hitler sogar in den Augen mancher spanischer Publizisten "peinlich" geworden.



Faschisten aller Schattierungen;

Dies alles hielt aber die Süddeutsche Zeitung nicht davon ab, einen Nachruf auf Skorzeny zu veröffentlichen ('Das Streiflicht', SZ v. 8.7.75), in welchem nur gesprochen wird von "nicht nur Draufgängertum in seinen besten Lebzeiten" und "richtig gekonnt", von seiner "beachtlichen Intuition" und davon, daß er "vielleicht sogar in Völkerkunde be-schlagen war". Weiter erwähnt der Artikel seinen "großen Coup" und, wie er "Risiko und Chancen abzuwägen mußte".

Aber nicht nur die SZ fand gute Worte für Skorzeny. Die Waffen-SS-Nachfolgeorganisation HIAG* hielt Totenwache neben seiner Asche, tröstete die Witwe samt zwei Töchtern und Schwiegersohn, sprach Nachrufe und ließ Musik spielen.

Es muß wie ein makabrer Film ausgesehen haben, wo lauter alte Leute, zahnlos, mit grauen Haaren, vielleicht zitternd, einmal wieder für einen "alten Kämpfer" das Deutschlandlied sangen und zum Schluß wohl ein markiges "Heil Hitler" riefen.

Man muß sich wirklich fragen, warum die SZ so einem alten Nazi überhaupt einen Nachruf widmete. Wie ist es möglich, daß eine Organisation wie die HIAG* (die übrigens nicht nur aus alten Leuten besteht!) ungehindert ihr Unwesen treiben darf und sogar bei Bundeswehrfeiern offiziell eingeladen wird?

30 Jahre nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus - was sollen die Völker der Welt denken?

*HIAG = Hilfgemeinschaften auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS

DAMALS

Jahrelang hatte sich der Saarbrücker Rechtsgelehrte Prof. Werner Maihofer für die Aufhebung des KPD-Verbots eingesetzt. Damals interessierte sich der Verfassungsschutz für diesen demokratischen Professor, der für das verfassungsmäßig garantierte Recht auf freie Organisation eintrat.

HEUTE

Doch das Amt verändert den Mann. Heute interessiert sich der Herr Professor selber für den Verfassungsschutz. Heute erklärt er diejenigen Demokraten, die sich für die Grundrechte einsetzen, und ihre Organisationen, wie z.B. die DKP, als verfassungsfeindlich.

KRANKE ARBEITER WERDEN BESTRAFT

Der Arbeitnehmer soll wieder einmal betrogen werden. Dazu haben die "armen Unternehmer" unter Hans M. Schleyer und seine "christlich-sozialen" Politfreunde gegen die "sozialgesicherten" Arbeitnehmer eine geschlossene Front gebildet. "Die Grenze der Sozialstaatlichkeit" (was immer das sein mag) ist angeblich erreicht. Aber damit nicht genug! Es wird der Abbau der Sozialstaatlichkeit gefordert: Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer an ihren Krankheitskosten. Das ist aktive soziale Demontage.

Der Arbeitnehmer soll eindeutig schlechter gestellt werden. Bisläng wird der Beitrag zu den Krankenversicherungen zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer aufgeteilt. Jetzt soll der Arbeitnehmer plötzlich, weil die Grenze der Sozialstaatlichkeit überschritten ist, nicht nur seinen Beitrag zur Krankenversicherung bezahlen, sondern zusätzlich auch noch einen Teil seiner Krankheitskosten. Der Arbeitnehmer wird so für seine Krankheit bestraft, und zwar in doppelter Hinsicht: Wer seine Krankheitskosten selber bezahlen muß, meidet den Arztbesuch. Wer krank ist und nicht zum Arzt geht, wird nicht arbeitsunfähig geschrieben. Wer nicht krankgeschrieben ist, muß trotz Krankheit zur Arbeit. Wer trotz Krankheit ständig zur Arbeit geht, bricht eines Tages zusammen. Und dann kommt die ganz dicke Arztrechnung, die der Arbeitnehmer teilweise selbst bezahlen muß (neben seinen Beiträgen). Die Arbeitgeber aber bezahlen nicht einen Pfennig mehr. Im Gegenteil: sie erreichen so eine höhere Ausnützung der Arbeitskraft.

Wieder wird deutlich, wessen Interessen von den Unionsparteien vertreten werden, und wer ihre politischen Ziele wesentlich bestimmt. Das eigentliche Problem allerdings wird verschwiegen: Sozialstaatlichkeit ist mehr als nur die Krankenversicherung der Arbeitnehmer. Sie ist vielmehr ein kleiner Teil davon

- wenn auch ein sehr wichtiger, der nicht abgebaut werden darf! "Sozialstaatlichkeit" ist freilich dort fehl am Platze, wo durch staatliche Zuwendungen einzig und allein der Besitzstand der Unternehmer gewahrt wird, wo man wirtschaftlich bessergestellt ist, obwohl man kein Arbeitsplatzrisiko trägt.

Die Frage nach der Grenze der Sozialstaatlichkeit muß besonders da gestellt werden, wo staatliche Leistungen unsocial sind und zu Lasten der Arbeiter und Angestellten gehen. Sie muß denjenigen gestellt werden, die den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer aktiv demonstrieren.

Leserbriefe, Kritik
und Anregungen
bitte an



F. Hauß

8 München

Postfach 801803

Seit einigen Wochen tritt verstärkt ein sogenannter "Unabhängiger Schülerbund" (USB) mit einer Schülerzeitung namens INFORMATION an Münchens Gymnasien auf. Da er es nicht für nötig befand, sich öffentlich zu gründen und den Münchner Schülern vorzustellen und sich deswegen viele Fragen, was dieser Ominöse Schülerbund denn sei, haben wir uns entschlossen, ihn etwas näher unter die Lupe zu nehmen.

Was ist der „Unabhängige Schülerbund“

Der USB sagt über sich selbst:

"Der USB versteht sich als antimarxistisch, freiheitlich, gesamtdeutsch. Er legt besonderen Wert auf seine Unabhängigkeit gegenüber allen anderen Organisationen und Parteien."

Wie sieht seine 'Unabhängigkeit' aus?

Dazu schreibt die Münchner Geschäftsführung der Jungen Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD):

"Auch wir haben gute Kontakte zum USB, dort wo schon USB-Gruppen sind, arbeiten wir eng zusammen."

Die meisten Mitglieder des USB sind Mitglieder der NPD. So z.B. Bernd Hausen, (Rupprecht Gymnasium), "Führer" des USB-München oder USB-Mitglied Thomas Raz. Dieser Raz hat sogar die Ehre, vom Vorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) als "Stützpunktbeauftragter der JN - Schülergruppen für München" benannt zu werden. Aber die "Unabhängigkeit" geht weiter: Bernd Hausen bedauert es, daß die Schülerunion (SU) gegen Doppelmitgliedschaft sei. Der USB begrüßt diese Doppelmitgliedschaft seiner Mitglieder sowohl in der SU, als auch in der NPD ausdrücklich.

Auch das Informationsmaterial, das man auf Anfrage vom USB zugeschiekt bekommt, läßt Rückschlüsse auf einige Verbindungen ziehen: Eine faschistische Bücherliste, die Zeitschrift "Mut" und "Nation Europa" – das Produkt des ehemaligen SS-Offiziers Wintzek –

Warum aber dann das Pochen auf "Unabhängigkeit"? Dazu Bernd Hausen: "Wenn die Leute NPD hören, dann ist bei den meisten schon der Vorhang unten, auch bei vielen, die gar nicht sehr viel anderer Meinung sind als wir."

Welche Meinung vertritt der USB?

Bisher erschienen vier Nummern seines Organs, der INFORMATION, an denen sie untersucht werden kann. INFORMATION schreibt selbst, sie sei eine freiheitliche Zeitschrift, sie lehne jeden Totalitarismus und ideologischen Auserwähltheitsanspruch ab. Sie wolle informieren, nicht manipulieren.

Wie wird nun der Leser "informiert"?

Verherrlichung faschistischer Regimes

"Es ist eine historische Tatsache, daß Hitler alles versucht hat, den Krieg zu vermeiden, während die Gegenseite geradezu kampfhaft bemüht war, Hitler zum Krieg zu zwingen." (INFORMATION Nr. 2)

Hitler – der größte deutsche Friedenskämpfer?

"Die Verluste des jüdischen Volkes während des zweiten Weltkrieges haben nicht sechs Millionen, sondern nur 200.000 betragen." (Heinz Roth, INFORMATION Nr. 2)

Zum selben Thema ein Ausspruch von einem USB-Treffen:

"Zuerst haben wir sechs Millionen Juden ausgerottet, jetzt wollen wir sie nicht mehr zurückhaben."

"Das Militär fühlt sich verpflichtet die Interessen des chilenischen Volkes zu wahren." (USB-Flugblatt)

"Die Militärregierung in Chile... ist im Augenblick die einzige Rettung für hunderttausende Chilenen." (INFORMATION Nr. 2)

Faschismus – auch die einzige Rettung für die BRD?

Dieses Informationsflugblatt wird gemeinsam herausgegeben von folgenden Organisationen und Einzelpersonen:

AMSG (Zusammenschluß der Münchner Schülersprecher an Gymnasien)
dieses Flugblatt wurde auf der Sitzung vom 4.6.75 mehrheitlich beschlossen:
50 : 35 : 15%

ANTI-STRAUSS-KOMITEE (ASK)

DEMOKRATISCHE FRONT (DF)

DEMOKRATISCHE SCHÜLER AM RUPPRECHT UND ADOLF-WEBER-GYMNASIUM (DSG)

INTERNATIONALE DER KRIEGSDIENSTGEGNER (IDK)

REDAKTION TAUSENDFOSLER (Schülerzeitung an der Fachoberschule)

ROTE SCHÜLERFRONT (RSF)

SMV-ARBEITSKREIS FOS

SOZIALISTISCHER SCHÜLERBUND (SSB)

Klassensprecherversammlungen des Albert-Einstein und Gisela-Gymnasiums
... ausserdem viele Einzelpersonen u.a.:

ANDREAS VOGT (Pressereferent der Jungen Presse Bayerns)

WOLGANT TAUBERT (Landesvorsitzender der Jungen Presse Bayerns)

WOLFRAM SCHIER (Schülersprecher am Wilhelmsgymnasium)

ECKHART RITZ (" am Rupprecht Gymnasium)

PETER TRUBE (" am Albert-Einstein-Gymnasium)

ULRICH SEIDEL (" am Max-Planck-Gymnasium)

ANSELM RÄDE (" am Luitpold-Gymnasium)

ULRICH MANHARDT (" am Dante-Gymnasium)

URSULA HASENKOPF (" am Bert-Brecht-Gymnasium)

HELMUT HAK (" am Wilhelm Hausenstein-Gymnasium)

WOLFGANG SCHMÄHLING (" am Gisela-Gymnasium)

MELANIE RESHEL (" am Luise-Gymnasium)

ANNE GABANYI (" am Luise-Schröder-Gymnasium)

SUSI LEHMANN (" am Luise-Schröder-Gymnasium)

* Funktionsangabe dient nur zur Information

Information

Rechtfertigung von Unterdrückung der pseudowissenschaftlichen Vererbungslehre und Rassismus

"Die moderne Verhaltensforschung liefert wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, daß Aggression weder böse noch gut, daß aber lebenserhaltend und nicht wegerziehbar im Menschen angelegt ist, daß das Streben nach Besitz und eigenem Territorium der Art Mensch ebenso eingewurzelt ist, wie die lebenssichernden Notwendigkeiten einer hierarchisch gegliederten Gemeinschaft." (INFORMATION Nr. 1)

"Der stärkere hat zu herrschen und sich nicht mit dem schwächeren zu verschmelzen, um so die eigene Größe zu opfern. Nur der geborene Schwächling kann dies als grausam empfinden, dafür ist er aber auch ein schwacher und beschränkter Mensch." (Hitler in "Mein Kampf")

"Die Schöpfer und Träger der technischen Zivilisation sind die Europiden." (Nationaleuropäischer Kongress)

Aufrüstung und Kriegspolitik

Die aussenpolitischen Ziele des USB zeigt ein Aufkleber des USB. Demnach soll das "Großdeutsche Reich" aus dem Gebiet der BRD und DDR, Schlesien, Ostpreussen, Pommern, sowie Teilen der CSSR und Polen bestehen. Umstritten ist noch, ob Österreich und Elsaß/Lothringen auch dazugehören sollen.

Auch bei der Militarisierung der Jugend will der USB fleißig mithelfen.

"Der USB fordert eine klare Absetzung des normalen Wehrdienstes von der Ausnahme des Ersatzdienstes. Wir fordern, gemäß des Grundsatzes der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein entsprechendes Hilfsjahr für Mädchen in Krankenhäusern, Kindergärten und ähnlichen Stätten." (Programm des USB)

Wem der Militärdienst nicht reicht, ist jederzeit herzlich willkommen, bei der Bruderschaft "MAKROMANIEN". "besonders gewünscht sind sportliche und willensstarke Burschen".

Ist Eroberung neuer Rohstoffgebiete im Erbgut angelegt?



"Bei bestimmten Anlässen tragen wir Farben (Band und Mütze, weiß-grün-gold). Aufgenommen werden Studenten, Offiziere und Akademiker aus ganz Deutschland (keine Kommunisten)." (USB-Werbung in INFORMATION Nr. 4)

Uniformierung der Jugend, Organisation in paramilitarischen Vereinigungen – sind die NPD-Schläger noch nicht genug?

Mit primitivem Antikommunismus gegen alles Demokratische

Auf jeder zweiten Seite von INFORMATION findet man Parolen wie "Kampf der roten Zersetzung" oder "Brecht die roten Monopole in unseren Schülerräten". Der "Antikommunismus" des USB ist billig: Man unterstellt dem Kommunismus unwahre Dinge wie z.B.: "Der historische Materialismus propagiert Zersetzung der Familie und der Staatsautorität, antiautoritäre Erziehung, weiche Welle gegenüber Kriminellen, Pornographie, Geburtenbeschränkung, Rauschgift, Pazifismus, Nivellierung etc." (INFORMATION Nr. 3) um dann mit markigen Parolen gegen alles zu Felde zu ziehen, was links von der CSU steht (nach USB kommunistisch ist). So fordert Bernd Hausen, das Verbot der

SPD als verfassungsfeindliche Organisation. Aber der Antikommunismus des USB ist auch gefährlich. Mit ihm wird geschickt versucht, uns Schüler für den Abbau der demokratischen Rechte, die Aufrüstung des Staatsapparats zu gewinnen.

"Ein Staat ist nur dauerhaft funktionsfähig und vor Zerfall in pluralistische Willkür bewahrt, wenn in bestimmten Bereichen "demokratiereife" Räume existieren: Schule, Universitäten, Betrieb, Militär, Beamtenschaft..." (INFORMATION Nr. 4).

Somit bleibt die Demokratie von der der USB auf jeder Titelseite von INFORMATION laut verkündet: "Demokratie ist für alle da", wohl nur auf dem Klo erlaubt.

Eliteauswahl an unseren Schulen

"Das Schlagwort der sozialen Integration beinhaltet, daß die Forderung der schlechten Schüler wichtiger ist, als die Auslese der guten, d.h. unser Wettbewerbssystem wird untergraben." (INFORMATION Nr. 1).

"Das bisherige dreigliedrige Schulsystem, leistungsorientiert, gerecht und nach Begabung differenzierend, hat sich im Prinzip bewährt." (INFORMATION Nr. 2)

Sieht so die Vertretung der Interessen der Schüler aus?

Herr Maier freut sich sehr über die Verteidigung des Konkurrenzsystems und

Leistungsdrucks, des Lehrermangels, der überfüllten Klassen und des Numerus Clausus durch den USB!

Wir hoffen, wir haben mit diesen Zitaten genügend bewiesen, daß der USB eine faschistische Schülerorganisation ist. 1933 liegt nicht so weit zurück, als daß wir ähnliche Zitate Hitlers aus dem Gedächtnis verloren hätten. Schon einmal hieß es: Eliteschulen, Herrenrasse, "bereit fürs Vaterland zu sterben", Verbot aller demokratischen Parteien und Gewerkschaften, wehrhaftes Militär, um das Großdeutsche Reich zu erobern. Und was war das Ende vom Lied? Zerstörung, Elend und Millionen Tote! Und wofür? Damit das deutsche Unternehmertum neue Rohstoffe und Profitquellen bekommt. Zu viele haben die Gefahr der Nazis unterschätzt und nicht das Geld und die handfesten Interessen hinter dieser Ideologie gesehen. Nach 1945 hieß es:

NIE WIEDER FASCHISMUS- NIE WIEDER KRIEG!

Deshalb wurde jede faschistische Propaganda verboten. Was damals in Gesetzen und Abkommen erreicht wurde, wird heute stillschweigend durchbrochen. Polizei, Gerichte, Direktoren sind zur Steile, wenn es gilt, gegen links vorzugehen. Doch nichts wurde unternommen, wenn Nazi-Propaganda wieder salonfähig gemacht werden soll. Doch wir Schüler haben kein Interesse an Faschismus und Krieg. Die Schulen sollen nicht noch einmal zu Hort der Reaktion gemacht werden. Für alle Demokraten muß es heißen:

WEHRET DEN ANFÄNGEN!

Wir dürfen nicht dulden, daß der USB sich weiter so rasch an den Münchner Schulen ausbreitet, wie in den letzten Wochen und Monaten, daß INFORMATION in tausendfacher Auflage geschickte Lügen an unseren Schulen verbreitet.

Wir Unterzeichneten haben uns bereits zusammengetan, um das Auftreten des USB nicht unwidersprochen zu lassen. Wenn der USB wieder verteilt, nehmen wir das nicht einfach hin. Verhindern wir gemeinsam, wie es bereits am Gisela-Gymnasium geschehen ist, daß INFORMATION verbreitet wird. Faschistische Propaganda gehört in den Papierkorb. Protestieren wir, aber vor allem die SMVen gegen die Begünstigung der Nazis. Klären wir unsere Mitschüler über diese rechte Propaganda auf. Entwickeln wir eine starke, demokratische Schülerpresse, bieten wir durch unsere Schülerzeitungen wirkliche Information!

ALLE DEMOKRATEN EINIG GEGEN RECHTS!

Presserechtlich Verantwortlicher:
Martin Wissert
8 München 2
Oberanger 38
Eigendruck im Selbstverlag

Liebe Trachtlerinnen, Trachtler und Schützen!

Der Festtag Eurer Vereine mit Musik, Trachten, Fahnen und bayrischer Volkskultur ist eine pfundige Sache. Ihr bringt Farbe und Stimmung in unsere Donaustadt. Wir wünschen Euch viel Freude und eine gute Unterhaltung!

wir sind dafür,

daß das bayrische Brauchtum, die bayrische Musik und die Volkskunst – kurz: die ganze bayrische Volkskultur lebendig bleibt und sich auch weiterentwickelt. Und zwar aus eigener Kraft!

wir sind dagegen,

daß man das bayrische Volk und seine Kultur zum Vorwand nimmt, um damit Geld zu machen.

Darum sind wir auch gegen einen Mann wie Franz Josef Strauss, der eine Politik für das große Geld macht.

Die reichsten Leute in der Bundesrepublik sind seine Spezl'n. Mit Banken und Konzernen macht er gemeinsame Sache. Ihnen verspricht er eine florierende Wirtschaft und uns Ruhe und Ordnung, wenn er "hinkommen" und "aufräumen" wird mit allem, was nicht seiner Meinung ist. So einer ist für u n s a l l e gefährlich!

Seine vielgerühmte Fähigkeit besteht darin, es den Großkopfertenen recht zu machen und gleichzeitig dem Volk nach dem Mund zu reden.

auf welcher Seite steht Strauss?

Wer bayrisch redet, Bier trinkt und ab und zu einen Bock schießt, ist vielleicht ein Bayer, aber er gehört noch lange nicht zum bayrischen Volk.

Wer aber jahraus-jahre in mit Millionären und Multimillionären gemeinsame Sache macht, gehört überhaupt nicht zum bayrischen Volk. (Er sagt ja selber: "Ich bin der letzte Preusse" und knüpft damit an die reaktionäre Tradition des preußischen Militarismus an.)

Da lassen wir uns auch nicht dadurch täuschen, daß ihm sein Spezl (der Herr Schickedanz) vom Quelle-Kaufhauskonzern ein ganzes Bierzelt hinstellt und ausnahmsweise heut kein Eintrittsgeld verlangt, weil der Franz Josef als "Schirmherr" kommt.

Und darum auf ins Zelt – wir feiern u n s e r Fest, das Fest der Trachtler und Schützen aus dem Volk!

Viel Spaß an der Freud'!

Umblattn, Gstanzl singa!

Musik: Wie der Roider Jackl seine Gstanzl singt!

Text: von uns.

Der Räuber Heigl hat's de Reichen gnomma
und de armen Leut gebn,
und der Strauss will's grad verkehrt'rum,
Ja darf's denn des gebn?

S'ganze Jahr solln mia unser Geld
bei der Quelle aussihau'n;
dafür dürf'n mia "umeinsonst" heut
an 'Schirmherrn" o'schaun.

Daß beim Schützenfest heut grad der Strauss is,
des paßt gar net da her,
weil der kümmert sich ja net um d'Schützen,
bloß um's Geschäft mit die G'wehr.

Daß der Franz Josef für a saubre Ordnung is,
merkst an oam scho ganz stark:
wann'a eahm stinka tuat, steigt er ins Flugzeug und
fährt zum Frischluftschnappa auf New York!

Wer wie der Strauss a'so zum großen Geld halt,
der hat mit'n Volk nix zum toa,
weil der braucht's bloß, bis er auffi kimmt,
und dann regiert er alloa.

An solchen brauch'ma net, des ham mia oamal ghabt:
der hat uns aa mit schöne Sprüch verführt,
und wie er obn is g'wen, war's mit der Freiheit aus,
und mia san allez'samm in' Krieg marschiert.

Drum Leutl, pass'mä auf, damit's net grad so geht!
Solang des Geld regiert - Gefahr besteht!!
"A wann'st heut boarisch tuast, Franz Josef, merk dir oans:
Das schöne Bayernland gehört dir net!

GERICHTSURTEIL BEDROHT EXISTENZ DES ROTBUCH-VERLAGES

Kosten von ca. 34 000 DM entstehen dem Rotbuch-Verlag infolge des vom Oberlandesgericht Stuttgart im Streit um die Dokumentarsatire "Unsere Siemens-Welt" gefällten Urteils. Dieser Betrag ergibt sich aus der Summe der vom Verlag zu tragenden Anwalts-, Gerichts- und Anzeigenkosten.

Der Siemens-Konzern hatte Anstoß an 19 "Behauptungen" des Autors F.C. Delius genommen, die sich u.a. auf die Zusammenarbeit zwischen Siemens und Westinghouse auf dem Rüstungssektor, die Rolle des Konzerns im 2. Weltkrieg, die schlechte Behandlung von Mitarbeitern und die besonderen Vergünstigungen für Vorstandsmitglieder beziehen.

Neun dieser "Behauptungen" müssen laut Gerichtsurteil unterlassen werden, wobei zu beachten ist, daß acht davon aus anderweitig erschienenen Publikationen stammen, gegen die Siemens nie etwas unternommen hat, und daß dem Autor bei der neunten "Behauptung" lediglich ein terminologischer Fehler unterlaufen sei.

Weiterhin wird dem Verlag in dem Urteilspruch auferlegt, der Siemens AG allen Schaden zu ersetzen, der ihr aufgrund dieser "Behauptungen" entstanden ist und noch entstehen wird. Damit erhält die Siemens AG die Möglichkeit, den Verlag durch immense Schadenersatzforderungen zu liquidieren und somit am Beispiel eines demokratischen Verlages die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken.

Gegen dieses Urteil, das ohne Gutachten literarischer Sachverständiger gefällt wurde, will der Rotbuch-Verlag beim Bundesgerichtshof eventuell Berufung einlegen. Ein solches Kostenrisiko kann der Verlag jedoch nur eingehen, wenn er sich der Solidarität einer breiten Öffentlichkeit sicher sein darf.

Um gegen dieses Urteil ein Revisionsverfahren einleiten zu können, braucht der Verlag auch finanzielle Unterstützung.

GASTARBEITER - MENSCHEN ZWEITER KLASSE

Im letzten DID berichteten wir, daß in der Firma Dynamit Nobel bei Fürth 27 von 70 streikenden Arbeitern verhaftet wurden. Sie hatten im Streik das einzige Mittel, sich gegen die Entlassung einer Reihe von Kollegen und die Unsicherheit ihrer eigenen Arbeitsplätze zur Wehr zu setzen. Durch ihre Verhaftung wurde den Arbeitern dieses Kampfmittel genommen.

Die verhafteten Arbeiter sind Ausländer und kommen aus der Türkei. Wie schon so oft, wurde auch hier das noch aus der Nazi-Zeit stammende Ausländerrecht voll ausgeschöpft. Gegen die Türken bestand lediglich der Verdacht des Landfriedensbruchs. Trotzdem wurden sie ohne Gerichtsurteil als "Schuldige" einfach abgeschoben! Ihre Familien mußten ohne ihre Ernährer hier zurückbleiben. In der Türkei erwartet die Abgeschobenen die schwerste Bestrafung (Haftstrafen von 10-15 Jahren).

Die Familien der betroffenen Türken traten aus Protest gegen die Maßnahmen der Justiz und der Ausländerbehörde in den Hungerstreik.

Auch bei der evangelischen Jugendgemeinde Nürnberg und beim Kirchenvorstand von St. Markus fanden die türkischen Arbeiter Unterstützung. Sechs Münchner Anwälte, die einen Teil der Türken vertreten, protestierten öffentlich gegen die Verfolgung ihrer Mandanten.

Wer die zum Teil jetzt mittellos dastehenden Familien der Türkei unterstützen will, kann auf folgendes Konto des Pfarramtes St. Markus spenden:

Stadtparkasse Nürnberg, Konto-
Nr. 1305560
Kennwort: "Türkenhilfe"

Osram beschäftigt Nazi-Kriegsverbrecher

Nach Südamerika und besonders nach Argentinien haben sich viele Naziverbrecher geflüchtet. Sie konnten dort untertauchen und so den Gerichten entgehen. So auch Dr. Walter Kutschmann, der angeklagt ist, als SS-Führer in Lemberg zwanzig Juden umgebracht zu haben. Er arbeitete in Argentinien als Einkaufsleiter der Firma Osram, die natürlich nichts von der Vergangenheit ihres Angestellten gewußt hatte. Als Kutschmann entlarvt und identifiziert worden war, wurde er von der Polizei verhaftet. Nach sechs Stunden aber war er wieder frei und konnte erneut untertauchen. Denn die deutsche Botschaft und die deutsche Polizei verzögerte ihr Eingreifen, d.h. die Antragstellung auf Auslieferung an die BRD, so lange, bis die argentinische Polizei den Nazi wieder freilassen mußte, da er nach dortigem Recht nur für sechs Stunden inhaftiert werden durfte.



GAB SEINE IDENTITÄT ZU: Kutschmann heute und im Jahre 1941 (links).

Auffallend ist nicht nur, daß Osram, die deutsche Botschaft und die bundesrepublikanische Polizei den Fall Kutschmann mit offenkundiger Blindheit auf dem rechten Auge betrachteten, bemerkenswert ist auch, wie der Fall Kutschmann zur Rehabilitierung eines anderen Kriegsverbrechers benutzt wurde: In mehreren Zeitungen stand zu lesen, daß die Taten des ehemaligen Adenauer-Ministers Oberländer eigentlich Kutschmann zuzuschreiben seien.

Die "Internationale Föderation der Widerstandskämpfer" in Wien erklärte dazu am 9. Juni:



"In den Massenmedien der Bundesrepublik Deutschland wurde eine Meldung verbreitet, derzufolge der ehemalige Minister im Kabinett Adenauer, Theodor Oberländer, dem schwere Kriegsverbrechen angelastet werden, deretwegen er vom Obersten Gericht der DDR 1960 in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war, von Polen 'rehabilitiert' worden sei.

Der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle der Länderjustizverwaltungen, Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl, hatte behauptet, der Direktor der polnischen Hauptkommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen, Prof. Dr. Pilichowski, habe ihm mitgeteilt, Untersuchungen hätten 'mit Sicherheit' ergeben, daß die Ende

der 50er Jahre gegen Theodor Oberländer erhobenen Vorwürfe, er sei an der Ermordung polnischer Wissenschaftler, Schriftsteller und Professoren in Lemberg beteiligt gewesen, 'unbegründet' seien. Aufgrund dieser Darstellung des Leiters der Ludwigsburger Zentralstelle, der die Aufklärung von NS-Verbrechen in der BRD obliegt, setzte eine breite Pressekampagne zu Oberländers 'Rehabilitierung' ein. Schon kurz nach Verbreitung der Meldung über die angebliche Rehabilitierung Oberländers stellte sich heraus, daß von einer Entlastung des ehemaligen Ministers überhaupt keine Rede war. Prof. Dr. Pilichowski hatte in einem Gespräch mit Oberstaatsanwalt Rückerl lediglich festgestellt, daß neue Dokumente gefunden worden seien, aus denen hervorgehe, daß nicht nur Oberländer in die Verbrechen von Lemberg verwickelt sei."

MZ-Chefredakteur Andreas Albrecht erhielt das Bundesverdienstkreuz

Regensburg (mz). „Ihrer Arbeit und Ihrer Leistung habe ich immer Respekt entgegengebracht.“ In diesem anerkennenden Satz gipfelten die Dankesworte des bayerischen Innenministers Dr. Bruno Merk an den Chefredakteur der „Mittelbayerischen Zeitung“ aus Anlaß der Überreichung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse an den „weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannten Journalisten“. Andreas Albrecht erwiderte: „Ich nehme diese Auszeichnung für alle Mitarbeiter des Verlages und der Gesamtdirektion der Zeitung entgegen“.

Persönlichkeit und Wirken von Chefredakteur Albrecht, so der Innenminister vor einem kleinen Kreis geladener Gäste im kleinen Sitzungssaal der Regierung der Oberpfalz, hätten der „Mittelbayerischen Zeitung“ innerhalb der bayerischen Presse einen bevorzugten Rang eingebracht. Es sei die Pflicht des demokratischen Staates, ihm vor allem dafür zu danken, daß er in oft schwerer Zeit vergangener Jahre seinen Beitrag zur Stärkung des freiheitlichen Gemeinwesens geleistet habe. Einsatzbereitschaft und hohe berufliche Qualifikation, die Dr. Merk Andreas Albrecht bescheinigte, seien die Voraussetzungen für den Erfolg der redaktionellen Arbeit der „MZ“ unter seiner Leitung.



Innenminister Dr. Bruno Merk überreichte MZ-Chefredakteur Andreas Albrecht (links) das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Aufn.: Nübler

Nachdem der Freistaat Andreas Albrecht, „den aufrechten, dem Staate, dem Volke, den Menschen in Ostbayern verpflichteten Journalisten“, durch die Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bereits vor Jahren seinen Dank ausgesprochen habe, „wollte der Bundespräsident mit dieser Auszeichnung auch für den Gesamtstaat die Leistung des MZ-Chefredakteurs für Volk und Land würdigen“.

Unter der Assistenz von Regierungspräsidenten Dr. Ernst Emmerig heftete

der Innenminister schließlich Andreas Albrecht das Ordenskreuz an die Brust. Während eines festen Händedrucks sagte Chefredakteur Albrecht: „Verdient haben diese Auszeichnung alle, die seit bald 30 Jahren Tag und Nacht dazu beitragen, daß die ‚Mittelbayerische Zeitung‘ die von ihr übernommene publizistische Verpflichtung erfüllen kann.“ Nur in diesem Sinne habe er das Bundesverdienstkreuz angenommen und nur im Wissen darum, daß diese Gemeinschaftsarbeit weitergeführt werden könne, wolle er es auch tragen.



„cht“ = Andreas Albrecht

Chefredakteur Andreas Albrecht wird nicht müde, die Bundesregierung wegen ihrer „Toleranz“ anzudrängen: sie gehe „in Schlafrock und Filzpantoffeln einher“, statt für „entschlossenes Vorgehen und hartes Zupacken“ zu sorgen und die Polizei zu ermutigen, „mit gebotener Schärfe“ vorzugehen. Im Fall der Iran-Demonstration Mitte Januar 1974 in Frankfurt empfahl er sogar, auch gegen unbeteiligte Personen vorzugehen, wenn sie durch Nichtstun die „Arbeit“ der Polizei „behinderten“.

Herr Albrecht hat also schon seine Vorstellungen, in welcher Richtung unser Staat zu verändern wäre. Daß es ihm so, wie es zur Zeit noch läuft, nicht gefällt, ist jedenfalls klar. Das wundert uns auch nicht. Unter den Nazis hat er schon als junger Journalist dem Regime Empfehlungen gegeben, welche Personengruppen „weg“ müßten. Es ist anzunehmen, daß er sich nicht geändert hat, auch wenn er nach 1945 selbst eine zeitlang „in Filzpantoffeln einherging“. Jetzt wittert er, wie viele seinesgleichen, wieder Morgenluft.

„Wir haben den jüdischen Intellektualismus zerschlagen und werden gegen die im Volke, die er infiziert hat, mit der notwendigen Schärfe vorzugehen wissen. Wir Nationalsozialisten sind erfahren und wendig in der Methodik des politischen Kampfes.“

(Andreas Albrecht im Jahre 1935)

STOPPT STRAUSS!

Am 12./13. September hält die CSU in München ihren Parteitag ab. Für die CSU und ihren Kanzlermacher Strauß wird das der Auftakt und Beginn des Bundestagswahlkampfes 1976 sein. In seiner Sonthofener Rede hat Strauß die Wegmarken gesetzt. Es muß noch "tiefer sinken", damit man ihn zum "aufräumen" rufen soll. Strauß will mit Demagogie die Wähler fangen. Sein Gerede von der sozialen Demontage soll sie glauben machen, daß unter seiner Regierung nicht der soziale Besitzstand abgebaut werde.

Aber genau das stimmt nicht: Wer selber für die Arbeitnehmer die Beteiligung an den Krankheitskosten fordert, darf anderen nicht die Demontage der Sozialstaatlichkeit vorwerfen! (Vgl. Seite 8)



Für alle Demokraten muß dieser Parteitag Anlaß sein, mit aller Kraft gegen die Politik von Strauß zu protestieren. Er hat unverhohlen seine Pläne benannt: Unterdrückung der demokratischen Rechte, Politik auf Kosten der Arbeitnehmer und zugunsten der Unternehmer, Aggression nach außen und Reaktion nach innen. Eine solche Politik verpflichtet jeden Demokraten, sich zur Wehr zu setzen. Darum fordert das Anti-Strauß-Komitee alle demokratisch gesinnten Menschen und Organisationen auf, am 13. September auf den Marienplatz in München zu kommen, um gegen den Auftritt von Strauß zu protestieren.

Stoppt Strauß!
Strauß aus München raus!
Alle Demokraten einig gegen Strauß!
Wehret den Anfängen!
Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!

Rechtes aus der USA

In letzter Zeit haben mehrere ultrarechte und neofaschistische Veranstaltungen und Tagungen in den USA stattgefunden. Hier nur ein paar der wichtigsten Gruppen:

***John Birch Society - vor allem an der Ostküste bekannt (wegen ihrer Morddrohungen gegen die damaligen Aktiven in der Anti-Kriegs-Bewegung); sie hat fast den Status einer Geheimorganisation. Ihre Hauptstoßrichtung zielt angeblich gegen eine "Verschwörung" von bestimmten Kräften: Großbanken, internationalen Konzernen, Kennedy, Rockefeller, Gerald Ford, und - für sie am allerschlimmsten - der "Sowjetagent" Henry Kissinger, der Nixon gestürzt haben soll. Diese Kräfte wollen nach Auffassung der John Birch Society Moral, Familie, Freiheit, Eigeninitiative, Patriotismus usw. und damit die amerikanische Gesellschaft untergraben.

***"American Party" - ein Ableger der John Birch Society, hat den Traum, 50 Abgeordnete bei den nächsten Wahlen in den Kongreß zu schicken. Für sie wird es freilich ein böses Erwachen geben.

*** Der KU KLUX KLAN will 1976 für die Präsidentschaft kandidieren. (Der KKK sind die Kapuzen und Bettlaken tragenden Rassisten.) Wann der KKK bei seinen nächsten Wahlveranstaltungen einen Neger erhängen wird, ist noch nicht bekannt.

***"Liberty Lobby" - sie bringt unter anderem Schriften heraus mit Titeln wie "Henry Kissinger, der Sowjetagent" oder "Unsere nordische Rasse". Ihre Hauptsorge ist ebenfalls eine Verschwörung, nämlich die des internationalen Zionismus (damit ist jeder Jude gemeint), der ein Bündnis mit Negern und Kommunisten eingegangen sei und die "nordische Rasse" in den USA unterjochen wolle. Amerika hat ihrer Meinung nach den größten Fehler gemacht, als es sich nicht mit Hitler verband, um den Bolschewismus zu vernichten.

In den letzten Jahren häufen sich die Meldungen über aufgefundene Waffenarsenale von Ultrarechten. Manche Gruppen kaufen Restbestände vom letzten Krieg, so daß sie alles haben: Operationszelt, Panzerfaust, Raketen, Granaten, Munition und Gewehre, Minen usw.

Aber das allgemeine Amerika sieht ganz anders aus. Viele Leute haben durch die Anti-Kriegs-Bewegung, durch Watergate gelernt und Einblick gewonnen. Die CIA-Untersuchung verspricht schlimmere Enthüllungen als Watergate; Korruption auf Kommunal-Ebene ist alltäglich. Lohnabbau, Arbeitshetze, Preissteigerung nehmen ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an. Die Amerikaner begreifen jetzt, daß sie

niemals Teil hatten am "American Dream", und daß dieses Traumleben nur einer kleinen, elitären Minderheit vorbehalten ist. Sie erkennen, daß die "Freedom and Democracy"-Schreihälse immer nur gelogen und das Volk betrogen haben. Der Amerikaner bekommt jetzt langsam eine Wut, und er wird dieser ultrarechten und faschistischen "nordischen Rasse" eine Absage erteilen.



- * Ausbildung und Arbeit für alle
- * Für die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer
- * Gegen den Abbau der demokratischen Rechte

Für diese Forderungen demonstrierten am 15.7. ca. 800 Studenten und werktätige Bürger in München.

An der Demonstration beteiligten sich viele demokratische Organisationen wie der Kreisjugendausschuß des DGB, GEW Kreis München, Jusos, SDAJ, Spartakus, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Naturfreundejugend Bayern, Kommunistischer Hochschulbund.

Ziel der Demonstration war es, der Bevölkerung zu zeigen, daß die studentische Jugend und die Arbeiterjugend gleichermaßen vom Profitstreben der Unternehmer betroffen sind:

300 000 Jugendliche sind in der BRD arbeitslos

die Anzahl der Lehrstellen hat sich seit 1965 um die Hälfte verringert

An der Münchner Universität sollen 300 Planstellen gestrichen werden

Bis 1976 prophezeit das Kultusministerium 10 000 arbeitslose Lehrer.

Die BRD gibt 4,9 % des Bruttosozialprodukts für Bildung aus, damit liegt sie an letzter Stelle in Europa. Dagegen erhalten die bayerischen Unternehmer allein 434 Mill. an Investitions- und Gewinnsubventionen.

Diese Demonstration war wieder ein Schritt hin zu weiteren gemeinsamen Aktionen gegen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen und gegen den Abbau der demokratischen Rechte.

Was andere sagen

Ein deutscher Urlauber berichtet aus Wien, daß er öfters so oder ähnlich gefragt wurde: Stimmt es, daß der Strauß bei euch so mächtig wird? Dann müssen wir Österreicher ja Angst haben, daß es uns wieder so geht wie 1938 unter Hitler! (1938 war Österreichs "Anschluß" an Nazi-Deutschland. Anm. d. Red.)

Unser Buchtip:

Günter Wallraff/Eckart Spoo

Unser Faschismus nebenan

Griechenland gestern –
ein Lehrstück für morgen

Kiepenheuer & Witsch

pocket 96, zu beziehen durch jede Buch-
handlung, Preis DM 14,–

Man sollte sich vom Titel nicht verleiten lassen anzunehmen, dieses gerade erschienene Buch sei überholt, weil der Faschismus in Griechenland schließlich abdanken mußte. Vielmehr machen die bekannten Autoren Günter Wallraff und Eckart Spoo in diesem Buch durchaus deutlich, was im Untertitel – "ein Lehrstück für morgen" – ausgedrückt ist.

In einem Zwiegespräch am Ende des Buches (so wenig trocken-theoretisch wie das ganze Werk) zeigen die beiden beispielsweise klar auf, welche Gefahr für unsere eigene Demokratie besteht, wer sie vertritt und warum.

Außerdem liefert das Buch wichtige Informationen mit Namen und Fakten über die Rolle, die nicht nur der amerikanische CIA, sondern auch das deutsche Kapital im faschistischen Griechenland spielte, über die Beziehungen unserer Politiker zur Militärjunta und darüber, wie diese auch militärisch aus der BRD unterstützt worden ist. Also im wahrsten Sinne des Wortes: unser Faschismus nebenan.

Im ersten Teil des Buches kann man unter anderem auch G. Wallraffs Tagebuchnotizen aus den Folterkellern und Gefängnissen der Militärdiktatur lesen. Man sollte sich den Mut dazu nehmen; gerade weil auch uns hier so etwas blühen kann. Und die Methode sieht immer gleich aus: ob in Nazi-Deutschland, in Chile, in Südafrika, in Spanien oder in Griechenland.

G. Wallraffs Aktion in Griechenland, bei der er sich bewußt in Lebensgefahr begab, war nicht etwa die Aktion eines Einzelgängers, wie das noch in wohlwollenden Berichten der bundesdeutschen Presse zu lesen war. Nein, er handelte ganz im Sinn und mit dem Einverständnis der griechischen Widerstandskämpfer.

Zum Schluß noch einige Zitate aus seiner Verteidigungsrede, die er vor seiner Verurteilung vor dem Militärgericht hielt:

Es ist kein Zufall, daß die faschistische Presse hier über meinen Fall den »Bayernkurier« des Franz Josef Strauß ausführlich zitierte und ein Vernehmungsbeamter sich der guten Beziehungen der Junta zum CSU-Bundestagsabgeordneten Althammer rühmte.

Diese Beispiele zeigen, es ist kein innergriechisches Problem, in das ich mich mit meiner Aktion einmischte. Die gleichen Strukturen sind auch und gerade in der Bundesrepublik latent vorhanden. Der Faschismus des Dritten Reiches (»Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«) besteht in einflußreichen Offizierscliquen der Bundeswehr als Schmelzbrand weiter.

Der Assistent eines Vernehmungsbeamten brachte seine Bewunderung für Hitler zum Ausdruck, ein Kommissar der Geheimpolizei fragte mich, wie ich zu Franz Josef Strauß stünde, und als ich antwortete, der würde hier in der Militärdiktatur bestimmt seinen Mann stehen, sagte der Beamte, solche Männer brauche Europa.

Die Zeit arbeitet gegen Sie! Ihre Militärjunta hat außer Panzern und Gewehren nichts im Rücken, allenfalls die amerikanische »CIA« als Zuhälter – das griechische Volk geschlossen gegen sich, weil Sie außer pompösen Militäraufmärschen nichts an Ideen zu bieten haben. Sie sind die Dinosaurier in unserer gegenwärtigen politischen Landschaft: viel Panzer, kaum Hirn, darum zum Aussterben verurteilt!

Wenn die Schauerleute von Göteborg, Amsterdam oder Hamburg sich weigern, griechische Schiffe zu entladen, würden sich durch einen derartigen Streik unweigerlich die Gefängnisse für die politisch Inhaftierten öffnen lassen.

Rechtsradikales Potential der CDU

Die CDU selbst schätzt ihr neofaschistisches und rechtsextremes Wählerpotential auf rund 20 Prozent. Das geht aus einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 9. 7. 75 über CDU-Strategien hervor.

Um dieses Potential zu halten (und möglichst noch zu vergrößern) müsse man gegebenenfalls „derb wie Strauß zuschlagen“, zitiert der „FAZ“-Bericht die heßliche CDU unter Strauß-Freund Dregger.

TAT vom 19. 7. 75

29 Gesetze in drei Minuten

Berlin (dpa)

In einer drei Minuten langen Sondersitzung hat das Berliner Abgeordnetenhaus 29 Bundesgesetze für Berlin übernommen. Dies ist entsprechend dem besonderen Status der Stadt nötig. Bei den Vorlagen handelte es sich um die am vergangenen Freitag vom Bundesrat beschlossenen Gesetze. Von den 146 Abgeordneten waren 7 für die Sondersitzung während der Parlamentsferien erschienen.

SZ vom 16. 7. 75

Die Politik von Franz Josef Strauß richtet sich gegen elementare Arbeitnehmerinteressen

Der Mann konnte nichts anderes sagen, wenn er über die politischen Vorstellungen und Handlungen seiner parteipolitischen Freunde und Geldgeber sprechen wollte... Das ist kein Parteienstreit, das sind keine politischen Zänkereien oder Ränkespiele, sondern hier wird alle Friedensarbeit dermaßen hart unterlaufen und die Wahnidee eines neuen Krieges provoziert, daß die

* Möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Auch deshalb behalten wir uns das Recht zu Kürzungen vor. Veröffentlichte Leserbriefe stellen die Meinung der Einsender dar. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb.

Gefahr für Leib und Leben aller Menschen gar nicht klar genug gesagt werden kann.

Diese Gefahr und ihre Folgen richtig verstehen und durchschauen können wohl nur diejenigen unter uns, die gleiches Los, wie es ein allmächtiger Unternehmerstaat brächte, selbst am eigenen Leib erfahren mußten.

Dabei ist wohl die humanste aller Empfehlungen die: Wem es bei uns nicht gefällt, der kann ja gehen! (Hinter vorgehaltener Hand: Oder wir sorgen dafür, daß er geht!)

Es ist richtig, wenn unser geschätzter Kollege Jakob Moneta schreibt, alle Gewerkschafter müssen Widerstand leisten!

Das aber sofort und mit voller Kraft, denn hier geht es nicht mehr nur um Anfänge, hier ist die Stunde bereits sehr spät!

Kurt Menzel, Roitham

Leserbrief: „Ausblick“
HBV Zeitung 7.8.75

NEONAZIS WEITER FRECH!

Die trotz faschistischer Propaganda in München auf Bewährung auf freien Fuß gesetzten Jung-Nazis der „NSDAP-AO“ M. Weber und P. Altmann haben auf ihre Freilassung mit einem neuen faschistischen und rassistischen Flugblatt geantwortet. Sie fordern darin „das Recht und die Freiheit, sich auch für den Nationalsozialismus entscheiden zu dürfen“.

TAT vom 12. 7. 75

Disziplinarurteil gegen Exrichter wegen neonazistischer Aktivität

k. Hamburg (Eigener Bericht)

Mit einem ungewöhnlichen Disziplinarurteil wurden jetzt in zweiter Instanz die pronationalsozialistischen Aktivitäten des ehemaligen Richters am Hamburger Finanzgericht Wilhelm Staeglich geahndet. Dem pensionierten Richter wurde vom Richterdienstsenat beim Hamburger Oberlandesgericht ein Fünftel seiner Pension für die Dauer von fünf Jahren rechtskräftig aberkannt.

In der Oktobernummer 1973 der als rechtsextremistisch einzustufenden Zeitschrift *Nation Europa* hatte der damals noch aktive Richter seine „Eindrücke vom KZ Auschwitz 1944“ veröffentlicht. Der heute 58jährige Jurist will damals ein „gepflegtes Lager“ mit ordentlichen Unterkünften gesehen haben. Auch erinnerte er sich an ein „nachtsichtiges SS-Bewachungspersonal“ und „von jeder Furcht freie Häftlinge“. Im Museum des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau will Staeglich ein Bild mit der Unterschrift „Verbrennungsöfen von Auschwitz“ gesehen haben, auf dem jene „Bäckereiöfen“ abgebildet gewesen seien, die ihm 1944 von einem Häftling während des Backbetriebs gezeigt worden seien.

SZ vom 10. 7. 75

RICHTIG SO!

Strafverfahren gegen Neofaschisten

Rom (ddp)

Wegen der versuchten Neubildung der faschistischen Partei will die Staatsanwaltschaft gegen rund 40 Abgeordnete und Senatoren der rechtsgerichteten Bewegung MSIDN Gerichtsverfahren einleiten. Der Beschluß wurde auf Grund von Ermittlungen getroffen, die seit 1971 über die Aktivitäten führender neofaschistischer Persönlichkeiten laufen.

Faschistischer Jugendkongreß in Bregenz verboten

Bregenz (ddp)

Der erste „mitteleuropäische Jugendkongreß“, den der „Bund volkstreuer Jugend“ vom 11. bis 13. Juli in Bregenz veranstalten wollte, ist von den österreichischen Sicherheitsbehörden verboten worden. Wie in Bregenz bekannt wurde, erfolgte die Entscheidung unter Berufung auf den österreichischen Staatsvertrag, der nazistische Organisationen untersagt. Die Veranstaltung des Kongresses war in den letzten Tagen in der österreichischen Presse scharf kritisiert worden.

SZ vom 3. 7. 75